

Sperrfrist: Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!

Zu TOP 23, Programm „Soziale Stadt“, erklärt
Matthias Böttcher, sozialpolitischer Sprecher
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Nr. 033.00 / 28.01.2000

Das ausgesprochen große Interesse der Kommunen spricht für das Programm

Die Zukunft unseres Gemeinwesens hängt unter anderem davon ab, ob und wie wir die eklatanten sozialen und wirtschaftlichen Probleme in unseren Städten lösen können. Die sich verändernden Rahmenbedingungen in den Städten, die zunehmende Arbeitslosigkeit, das Abwandern von Wirtschaftsbetrieben, die Zunahme einkommensschwacher Haushalte, die Konzentration von sozial benachteiligten Gruppen, der Wegfall von Erholungsraum, von Kultur- und Freizeitangeboten und die damit einhergehende Perspektivlosigkeit und zunehmende Kriminalisierung insbesondere der Jugend: All dies wird ohne Gegenmaßnahmen an Tempo gewinnen.

Diese mit einer Zersiedlung der Ballungsräume einhergehende Entwicklung überfordert nicht nur Nachbarschaftsgeflechte, sondern ebenso Kommunen, Verbände und Betriebe. Um diesem Entwicklungsprozess entgegen zu wirken sind Investitionen und planvolles, kooperatives Handeln aller Akteure unbedingt erforderlich.

Im neuen Jahrtausend muss die Städtebaupolitik mutig und nachhaltig neue Wege beschreiten. Sie muss sich der Aufgabe stellen, menschen- und familiengerechtes Wohnen, kulturelle Entwicklung, soziale Stabilität, moderne Infrastruktur, zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung und bedarfsorientierte Verkehrspolitik miteinander zu vereinen. Ein Paradigmenwechsel in der Städtebaupolitik ist überfällig.

Im Rahmen einer interministeriellen Arbeitsgruppe ist der ressortübergreifende und integrative Handlungsansatz des Programms auf Landesebene entwickelt worden. Angestrebt wird eine Vernetzung möglicher Förderstrukturen aus allen Ressorts. Gerade der integrierte Handlungsansatz beinhaltet als Kernziel eine verbesserte Identifikation der Bevölkerung mit ihrem Stadtteil. Unverzichtbare Handlungsfelder sind in diesem Zusammenhang gerade das Engagement und die Mitwirkung der im Stadtteil wohnenden Menschen, der dort arbeitenden Institutionen und Organisationen. Es geht gerade um eine Vernetzung von Bürgermitwirkung, lokaler Wirtschaft, sozialer, kultureller und freizeitbezogener Infrastruktur zum gegenseitigen Nutzen.

Durch den Zuschnitt der Förderprogramme erhalten Stadtteile, die 1999 und 2000 Mittel in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen wurden, eine sechsjährige Unterstützung und Begleitung. Die geförderten Städte profitieren nicht nur von den direkten Zuschussmitteln, sondern konnten durch erwünschte Synergieeffekte Finanzmittel aus anderen Quellen in weitaus größerem Rahmen einwerben. Für die nächsten Förderperioden ist eine verstärkte Berücksichtigung von Städten mit geringerer Einwohnerzahl vorgesehen. Das ausgesprochen große Interesse der Kommunen spricht für den Erfolg der „Sozialen Stadt“.

Die Verteilung der allgemeinen Städtebauförderungsmittel konzentriert sich auf die zentralen Aufgabefelder "Entwicklung von Innenstädten und Stadtteilzentren", sowie "Maßnahmen der sozialen Stadtteilentwicklung". Im Rahmen des Programms "Soziale Stadt" werden kapp 9,7 Millionen Mark an Fördergeldern an Projekte in Kiel, Neumünster, und Flensburg vergeben. Ich bin sicher: Das Programm der grünen Wohnungsbauministerin wird ein Erfolg werden.

Es ist ein weiteres Beispiel für die innovative Politik dieser Landesregierung, zu der die Opposition einmal wieder keine Alternative hat.
